

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 24. Oktober 2023 in Luxemburg

Am 24. Oktober 2023 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 26./27. Oktober 2023, der jährliche Dialog über die Rechtsstaatlichkeit in der EU, die Entwicklungen im Bereich Demografie sowie der Vorschlag zur Änderung des EU-Sprachenregimes. Zudem sprach ich das Thema der graduellen Integration des Westbalkans in die EU an.

Schweden sprach der belgischen Regierung und Behörden ihren Dank für die Unterstützung im Zusammenhang mit dem Terroranschlag vom 16. Oktober 2023 in Brüssel aus.

Vorbereitung des Europäischen Rates am 26./27. Oktober 2023

Es fand ein Austausch auf Basis des Entwurfs der Schlussfolgerungen für den Europäischen Rat am 26./27. Oktober 2023 statt.

Ich verurteilte die beispiellose Brutalität der Angriffe der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und bekräftigte die volle Solidarität Österreichs mit Israel. Israel habe das Recht auf Selbstverteidigung im Einklang mit dem Völkerrecht. Ich begrüßte, dass die humanitäre Hilfe seitens der EU verdreifacht wurde. Gleichzeitig verwies ich auf die in Österreich laufende Prüfung der Entwicklungshilfen für Palästina mit dem Zweck sicherzustellen, dass diese nicht in falsche Hände geraten. Zudem mahnte ich besondere Vorsicht mit Blick auf Fake News und Desinformation ein, vor allem im Umgang mit Informationen aus sozialen Medien.

Ich begrüßte, dass eine strategische Diskussion zum Thema Migration beim Europäischen Rat vorgesehen wurde und hob die dringende Notwendigkeit konkreter Umsetzungsschritte hervor.

Ich unterstrich die fortgesetzte Unterstützung Österreichs für die Ukraine, wobei ich den besonderen Charakter der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik betonte, der jedenfalls gewahrt werden müsse.

Schließlich sprach ich mich zum wiederholten Male dafür aus, dass der zusätzliche Bedarf an öffentlichen Geldern, den die Europäische Kommission im Rahmen ihres Vorschlags zur Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens identifizierte, grundsätzlich durch Umschichtungen der großen Summe an noch zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem bestehenden Mehrjährigen Finanzrahmen zu finanzieren sei, anstatt durch neues Geld.

Jährlicher Rechtsstaatlichkeitsdialog – länderspezifische Aussprache

Im Rahmen des jährlichen Dialogs über die Rechtsstaatlichkeit fand auf Basis des Rechtsstaatlichkeitsberichts der Europäischen Kommission 2023 eine weitere Aussprache zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten statt – gemäß protokollarischer Reihenfolge zu Dänemark, Deutschland, Irland, Estland und Griechenland. Es war der zweite Durchgang an Diskussionen zu diesen fünf Mitgliedstaaten, die bereits Ende 2020 bzw. Anfang 2021 behandelt wurden. Der für Justiz zuständige Kommissar Didier Reynders berichtete auch, dass die Europäische Kommission am Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024 arbeite und, wie von der Präsidentin der Europäischen Kommission angekündigt, dabei auch Kandidatenländer einbeziehen wolle.

Demografie-Instrumentarium („Demography Toolbox“)

Die für demografischen Wandel zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Dubravka Šuica stellte die von der Europäischen Kommission am 11. Oktober 2023 vorgelegte sogenannte „Demography Toolbox“ vor, die eine Reihe von verfügbaren Instrumenten aufzeige, um den wachsenden Herausforderungen durch die sich verändernde Demografie begegnen zu können.

Änderung der Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Spanien informierte über den Stand der Arbeiten zu seinem Vorschlag, die Regionalsprachen Baskisch, Galizisch und Katalanisch in das Sprachenregime der EU aufzunehmen und die relevante Verordnung dahingehend zu ändern. Die Mitgliedstaaten ersuchten um Klärung der noch bestehenden offenen Fragen, etwa rechtlicher und finanzieller Natur.

Graduelle Integration des Westbalkans in die EU

Schließlich nützte ich die Gelegenheit, Österreichs Vorschläge zur graduellen Integration des Westbalkans in die EU vorzustellen. Als mögliche Beispiele für eine graduelle Integration nannte ich etwa eine Einladung der Westbalkanstaaten zu Ratssitzungen wie den Rat Allgemeine Angelegenheiten, die Abhaltung informeller Räte in der Westbalkan-Region sowie die Einsetzung eines Sonderkoordinators für die graduelle Integration des Westbalkans, um die Tätigkeit Europas in der Region sichtbarer zu machen. Ich unterstrich die Wichtigkeit, die Westbalkanstaaten einzubeziehen, auch wenn sie noch keine Mitglieder der EU seien. Dies sei eine Motivation, die oft schwierigen Reformschritte, die für eine Mitgliedschaft notwendig seien, zu absolvieren.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

17. November 2023

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin